

Völkertlicher Anzeiger

für Teutobern

und Umgegend



Anzeigerpreis: Die sechs spätesten Kopyspiele 25, Restkaufpreis 40 P.

Anzeigerannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zepfstraße 10 bis spätestens demnachmittags 9 Uhr. Großere und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Vierteljährlicher Bezugspreis: durch unser Geschäftsstelle 2.10 RM, von unseren Boten ins Haus gebracht 2.35 RM und durch den Briefträger 2.95 RM.

Vierteljährliche und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Zepfstraße 10, auch von unseren Boten mit allen Postanweisungen angenommen.

Aufsichtliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teutobern.

№ 142.

Donnerstag, den 4. Dezember 1919.

58. Jahrgang.

150 Minister.

Der Reichsjustizminister Schöffler hat in einer Konferenz mit den einzelstaatlichen Justizministern die interessanteste Tatsache mitgeteilt, daß wir zurzeit in der deutschen Republik 150 Minister im Reich und Einzelstaaten zusammengekommen, haben und hat daran die Mühsal gefügt, daß diese große Zahl von Ministern, ohne die Selbständigkeit der Einzelstaaten zu beeinträchtigen, denn doch etwas beschränkt werden könnte. Der Reichsjustizminister hat damit gewiß Recht, aber wir dürfen nicht vergessen, daß diese Steigerung der deutschen Minister in ihrer Zahl um mehr als das dreifache eigentlich nur die allgemeinen Verhältnisse widerspiegelt. In so vielen Betrieben hat sich die Zahl der Arbeitskräfte lebhaft vermehrt, ohne daß deshalb die Leistungen erhöht worden wären.

Aber diese Tatsache will nicht übersehen, sondern ernst genommen sein. Sie zeigt vor allen Dingen, daß die alte Verfassung doch nicht so unpraktisch war, denn sie bot in ihrer eigenen Zahl von Ministern größere Geschäftsfähigkeit. Die Revolution hat gelaunt, indem sie nicht in Arbeitsgebiete ihre sichtbare Spitze setzen zu wollen, hat aber nur eine geringe Zahl von gar nicht mehr zu übersehenden Bezeichnungen und durch die gesteigerte Bezeichnungszahl eine große Vereinerung der Verwaltung herbeigeführt. Wo wir doch gerade sparen wollten, sind Ausgaben in die Höhe geschossen. Eine wirksame Regierung in den oft als unerschöpflich empfundenen Zuständen ist noch nicht eingetreten. Daran erscheint also eine Zusammenziehung der ministeriellen Wirkungskreise angebracht, damit die Regierungsmaschine intensiver arbeitet. Es soll aber nicht damit getan sein, daß die Landesstellen zugunsten der obersten Reichsstelle auf ein Minimum zusammengezurrt werden sollen, denn bei allem Bedarf nach der Energie der Reichsminister werden sich die Beamten der Einzelstaaten doch mehr auf ihre eigenen Minister und deren Landesbestimmten verlassen, wie auf den guten Willen eines dem Reichsminister nachgeordneten Regierungsrates.

Die übermäßige Zahl von Beamten und amtierenden Stellen, die mit der Bildung der vielen Ämter ihren Anfang nahm und mit der bevorstehenden Bildung der Reichsämter wohl noch nicht ihren Abschluß finden wird, ist eine Gefahr der deutschen Republik, sondern der Republik überhaupt. Und der wahre Grund dazu ist, daß es in den öffentlichen Posten auf der freien Schulung und praktischen Erziehung fehlt. Wo ein durchgehender Beamter selbstständig aufsteigt und das Nützliche trifft, werden nicht selten Kommissionen in Bewegung gesetzt und operieren gegeneinander. In der Provinz Deputiertenkammern fliegen Jahr für Jahr einzelne Leute über den Beamtenüberfluß, aber es werden nicht weniger, sondern immer mehr. In Ämtern liegt es ähnlich, während England trotz aller parteipolitischen Ministerwechsel einen ausgezeichneten Etat von geschulten Beamten besitzt und behält, der besonders seiner auswärtigen Politik und Kolonialverwaltung zugute kommt. Die Ursache, daß es sich bei uns mit dem heutigen Beamtenüberfluß nur um einen Bewegung handelt, ist schon da, und es ist vorzuziehen, daß das Verwaltungsbedürfnis geschulten Personen nur seine Zeit dauern kann. Denn die Kritik der Bevölkerung schweigt nicht, wenn die Leistung der Verwaltung nicht im Verhältnis zu den Kosten steht. Eine gut gedachte Verwaltungsreform käufte von selbst, heißt das Ziel, das heißt das Wesentliche, zu tun und werden die Mädel, und ein mündiges Bewußtsein wird hören, die Unzufriedenheit. Daran ändert die Staatsform nichts! ... Wm.

Die Wuchergesetze.

Die Wuchergesetze gegen Schleichhandel und Preistreiber.

Der „Wuchergesetz“ Nr. 275 beschäftigt die Verordnung über die Wuchergesetze gegen Schleichhandel und Preistreiber. Die „Wuchergesetze“ sind im Bezirk eines jeden Landgerichts einzurichten und betreffen sich auch mit anderen Straftaten, insbesondere mit Verbrechen und Verurteilungen gegen Vorschriften über die öffentliche Versteigerung von Gegenständen. Das Gesetz ist in der Doppelbeziehung mit drei Absätzen und zwei Schöpfen zu belegen, von denen der eine dem Kreise der Verbraucher, der andere dem Kreise der Erzeuger oder Handeltreibenden angehört muß. Gegen die Entscheidungen des Wuchergesetzes findet der Widerspruch statt. Als Strafen werden Gefängnis, Busstrafe bis zu fünf Jahren und Geldstrafen bis zu 500 000 Mark verhängt. Derselben Strafen gelten auch für die ohne die erforderliche Genehmigung erfolgte Ausfuhr von Gegenständen, die der Reichswirtschaftsminister als „lebenswichtig“ bezeichnet hat. Als lebenswichtig in diesem Sinne gelten:

1. Lebens- und Futtermittel aller Art, einschließlich Samen.
2. Pferde, Rindvieh, Schweine, Schafe, Ziegen und Geflügel, auch soweit sie als Jagd- und Nutztiere nicht unter Nr. 1 fallen.

3. Tierische und pflanzliche Öle und Fette, soweit sie nicht unter Nr. 1 fallen.
4. Künstliche Düngemittel, insbesondere Stickstoff, Phosphor und kalkhaltige Düngemittel.
5. Rohstoffe, insbesondere inländische Erzeugung.
6. Fischereierzeugnisse, Fischereifahrzeuge und Betriebsmaschinen für Fischereifahrzeuge.
7. Häute, Felle, Leder aller Art.
8. Schuhwerk aus Leder, Treibriemen und Treibriemenbahnen aus Leder.
9. Knochen, Bein, Seimleder, Gelatine.
10. Eisenerze, Manganerze, Bittermangan, Ferroaluminium.
11. Eisen, Roh Eisen, Edelstahl, Formeisen, Alts Eisen, Bruch, Eisen- und Stahlblech, Eisenwerkzeugnisse.
12. Eisenbahnmaschinen, Feldbahnmaschinen, Straßenbahnmaschinen, Krane, Gerüste- und Benzinlöse, gewalzte und gegogene Stahl-, Stahl- und Walzwerkzeugnisse einschließlich Halbzeug.
13. Automobilwagen und Eisenbahnwagen für normale Bahnen sowie deren Bestandteile und Zubehörteile.
14. Steinfeste, Braunkohle, Koks.
15. Naphtha - insbesondere Benzinöl, Schmelzholz, Grubenholz, Schmelzholz, Papierholz - und Brennholz aller Art.
16. Trümpfer.
17. Kalk, Gips, Zement.
18. Soda, Potasche, Kalksalz, Natronsalz.
19. Arzneimittel im Sinne der Bekanntmachung des Reichsjustizministers vom 1. September 1916 - Reichsgesetzl. S. 206.

Das hartnäckige Steuerregime. Zur Bekämpfung der Spekulation und Steuerflucht müssen bekanntlich vom 1. Dezember ab alle Kupons und Dividendenhefte mit den Scheiden oder Zinnscheinen in Handpost gegeben werden. Es ist aber doch damit zu rechnen, daß hartnäckige Steuerregime dieser Verpflichtung nicht nachkommen und ihre Kupons lieber ungenutzt zu Hause liegen lassen, bis ihnen irgend ein günstiger Zufall zu Hilfe kommt. An einem solchen Zufall ist zwar nicht zu glauben, aber es soll doch der Hinweis auf die Kuponeinlösung entgegengerichtet werden. Wahrscheinlich wird daher die Frist, innerhalb deren die Einlösung zu erfolgen hat, bestärkt werden. Wer also keine Kupons hartnäckig verachtet hält, befindet sich eines Tages vor dem Rabotiers gegenüber.

Die Erleichterung der Steuerreflexionen zieht sich jetzt, wie viele Klagen aus ganz Deutschland beweisen, oft recht lange hin. Gewiß sind zahlreiche Schwierigkeiten vorhanden, die manche Steuerkammer erklären, aber es sollte doch nach Möglichkeit Beseitigung eintreten. Wenn auch zu viel gezahlte Beträge schließlich zurückzahlen werden, in Familien ist in der Regel der Geldbedarf nicht so groß, daß Steuerbeträge auch über die bestimmte Höhe hinaus geleistet werden können.

Als Kandidat für den Posten des Reichspräsidenten war natürlich auch der populäre frühere Kronprinz Rupprecht von Bayern genannt worden. Selbstverständlich steht derzeit zu diesen Wahlen ein neues Verhältnis, es handelt sich um die Wiederholung von Wahlen, die schon im November 1918 vor der Revolution im Umlauf waren, und die in dem Vorschlag gipfelten, an Stelle der Hohenzollern die Wittelsbacher auf den Kaiserthron zu berufen. Dieser ist überhaupt noch kein Termin für die Wahl eines anderen Reichspräsidenten auf Grund der Verfassung von Weimar in Aussicht genommen.

Der Wiederkauf der Handelsflotte. Die deutschen Reeder haben als Entschädigung für die gemäß dem Friedensvertrag abzuliefernden Schiffe vom Reichsfinanzministerium bisher 1 1/2 Milliarden Mark zur vollen freien Verfügung erhalten. Wie aus sehr guter Quelle verläßt, soll der Reichsfinanzminister bereit sein, ihnen noch weitere große Summen als Zuschuß auszugeben, ohne dabei die Bedingung zu stellen, daß das Geld zum Wiederaufbau der Handelsflotte verwendet wird. Welche Kreise der wägen Industrie sind dadurch demütigt, weil der Reichstag schon 1917 beschlossen hat, daß die Industrie und wägen Industrie am Wiederaufbau der Handelsflotte mitwirken sollen. Das wird natürlich unmöglich gemacht, wenn die Reeder nicht verpflichtet werden, das Geld zum Wiederaufbau der Flotte zu verwenden, denn sie haben dann die Möglichkeit, es für alle möglichen anderen Zwecke zu benutzen.

Die Verlängerung der Zeitsunmündigkeit. Da infolge der Kriegsverhältnisse die rechtzeitige Welterteilung der Zeitsunmündigkeit sich in allen Gegenden Deutschlands verzögert hat - die Sendungen lagern zum Teil noch auf den Berliner Postämtern, wo sie sich angehäuft haben - ist die Zeitsunmündigkeit für die Deutsche Sparrämenianleihe bis zum 10. Dezember verlängert worden. Der Termin für die volle Bezahlung der dem Reichsminister angefallenen Beträge ist infolgedessen ebenfalls hinausgeschoben worden, und zwar bis zum 8. Januar 1920. Obgleich der Ministerialbescheid der Sparrämenianleihe

leise 1919 vom 1. Januar 1920 ab beginnt, bedarf es einer Innebrechung von Seiten der Rechner für die ausgeteilten Stücke nicht, wenn die Vollzahlung bis zum 8. Januar 1920 geschieht, für Zahlungen, die nach dem 8. Januar erfolgen sollten, sind 5 Prozent Zinsen vom 1. Januar 1920 ab bis zum Zahlungstag zu berechnen. Die Bezahlung ist an derselben Stelle zu bewirken, bei der die Zeichnung angemeldet worden ist.

Eine Erhöhung der Veteranenbezüge für die Kriegsteilnehmer des Weltkrieges führt der Sozialist Kauffach in der letzten deutsche Kaiser habe an den Mund eines Wiener Briefes über den Konflikt mit Serbien geschrieben: „Zeit oder nie“. Kauffach steht in dieser „Entscheidung“ der Kaiser als Kriegsratgeber. In Wahrheit ist dies aber keine Entscheidung, denn in dem längst bekannten Bescheid des Reichsjustizministers vom 5. Juli 1914 heißt es: der Kaiser habe ihm, dem Reichsrat, gesagt, wenn Deutschland mit Serbien abbrechen wolle, so müsse es das sofort tun. Wenn, nun kommt die Entscheidung, wenn Ausland sich auch einmischen wollte, so sei es doch nicht kriegsbereit. An einen Weltkrieg glaubte der Kaiser damals ebensowenig, wie die heutigen Leiter der damaligen auswärtigen Politik. Erst Ende Juli 1914, nachdem Minister Grey in London den Vertretern von Ausland und Frankreich mitgeteilt hatte, daß England auf ihrer Seite gegen Deutschland stehen würde, und daraufhin der Zar unversehrt den Krieg angeht, wurde in Berlin erkannt, daß das Ausland da sei.

Verleumdung der deutschen Schiffe in Neval. Nach einer Meldung aus Neval sind fünf deutsche aus dem Dörschsee dort verhafteten worden, während ein deutsches deutsches Schiffe nunmehr freigegeben. Der deutsche Besatzung in Neval, Herr Schneemann, wird der D. U. S. zufolge mit dem gesamten Personal im Einvernehmen mit der letzten Regierung mit dem nächsten neutralen Schiff Letland verlassen. Den Schatz der deutschen Schiffe in Neval hat der dortige baltische Konsul übernommen.

Das englische Gefangenentum betrifft. Die Reichsjustizminister für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Sämtliche 1162 Maltagefangene einschließlich der Kombattanten werden am 5. Dezember abgeführt und treffen etwa am 8. Dezember in Aulstein ein. Für die Gefangenenerhaltung der deutschen Gefangenen haben sich seit dem Beginn der englischen Regierung einseitige Anordnungen berast getroffen worden, daß Anfang Dezember der Abrüstung beginnt.

Die Reichsjustizminister für Einwohnerehren erläßt folgenden Aufruf: Jemem in die Einwohnerwehren folgend reicht der Arbeiter dem Bürger die Hand! Der Vorstand der S. P. D. erläßt den Aufruf an die deutsche Arbeiterklasse: Jemem in die Einwohnerwehren! Aber er erläßt ihn als Partei - Gewerkschaft auf dem Spiel als das Schicksal einer Partei: Das ganze Deutschland! Die Einwohnerwehren ist eine Einrichtung der parlamentarisch-demokratischen Regierung. - Die parlamentarische Demokratie schützt auch die Freiheit der Minderheiten. Links stehen Sozialisten, rechts stehen Sozialisten. Wenn sie ihre Meinung verfassungsgemäß mit dem Stimmzettel vertreten, handeln sie parlamentarisch-demokratisch. Greifen sie zur Waffe, dann finden sie die Einwohnerwehren gerichtet. - Bürger und Arbeiter! Arbeiter und Bürger, wehrt euch gegen die Politik des Bürgerkrieges, von welcher Seite auch immer er entfacht wird! Die Einwohnerwehren dient keiner Partei, sie dient dem Volksganzen, sie dient der Volkserziehung. Die Waffen keiner einzelnen Partei! Die Waffen dem ganzen Volke! Jemem in die Einwohnerwehren!

Der dritte Band von Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“, sollte auf Bismarcks Wunsch bei Lebzeiten Kaiser Wilhelms II. nicht veröffentlicht werden, da er besonders den Konflikt zwischen Bismarck und dem jungen Kaiser nicht beherrschte. Der dritte Band der Verlag Cotta das in seinen Händen befindliche Manuskript veröffentlicht, weil jetzt, nachdem der Kaiser nicht mehr regiert, dieser Vorbehalt grundlos ist. Der Reichsminister des Kaisers hat jetzt beim Landgericht Stuttgart den Antrag gestellt, das Schreiben des Bundes zu bekräftigen, weil er Briefe des Kaisers enthalte, gegen deren Veröffentlichung dieser auf Grund des Urheberrechts Widerspruch erhebe. Das Landgericht hat beschlossen, zunächst ein Verbot im Wege einer einstweiligen Verfügung zu erlassen. Die Angelegenheit wird als bald das Oberlandesgericht beschäftigen.

Die Gültigkeit der obersten Gemeindevorstände. Der Magistrat von Weh hat sich in einer Anfrage an den Richter des Inneren geäußert, daß dem Richter angefallen, die Gültigkeit der obersten Gemeindevorstände einzuführen werden sollten. Darauf ist, nach der „Schief. Volkszeit.“, vom Minister

riam der telegraphische Besch. id eingegangen, daß die Einführung stattfinden soll.

Preussische Landesversammlung.

Die Landesversammlung erledigte am Dienstag nachmittags die letzten kleinen Angelegenheiten. Der Gesetzentwurf über die Erweiterung der Selbständigkeitsrechte der Provinzen wird auf Antrag des Ausschusspräsidenten Epplich (Soz.) an den Ausschuss zurückverwiesen.

Es folgt die Beratung des Gesetzentwurfs über die Bildung einer Stadt Groß-Berlin. Nach diesem Entwurf soll die Stadt Berlin mit ihren Vororten, ein Komplex der 8 Städte und 80 Landgemeinden umfaßt, zu einem einzigen großen Kommunalverband verschmolzen werden.

Minister des Innern, Heine, empfiehlt die Vorlage, man hätte nicht wieder Straßendruck schaffen wollen, darum habe man sich für den radikalsten und großzügigsten Vorschlag entschieden.

Ministerialdirektor Freund begründet den Gesetzentwurf eingehend. In einer langen Debatte sprechen sich die Abgeordneten der Sozialisten und Demokraten für den Entwurf aus, die der Rechten und des Zentrums erhebliche Bedenken äußern.

Der Gesetzentwurf wird einer Kommission von 27 Mitgliedern übergeben.

Eine Anfrage Bergmann (Nrl.) fordert Aufhebung gerechter Grundbesitz für die Steuerveranlagung der Kriegsteilnehmer. Die Redner aller Parteien sprechen sich für den Antrag aus, der dem Gemeindefuß überantwortet wird.

Nach Erledigung einer weiteren Anfrage ist die Tagesordnung erschöpft. Die Sitzung schließt um 120 Uhr.

Die deutschen Zehnnoten in Belgien. Die belgischen Wäcker melien, daß ein Abkommen zwischen der belgischen und der belgischen Regierung hinsichtlich der deutschen Zehnnoten, die sich im Besitz des belgischen Staates befinden, getroffen worden ist. Der belgische Staat werde dadurch entschädigt, daß er Schatzscheine erhalte, die 20 Jahre laufen und mit 5 Prozent verzinst werden sollen. Es handle sich um sechs Milliarden Mark, zwei davon würden zu Kriegsausgaben verwendet, zwei der Nationalbank übergeben und die restlichen zwei Milliarden würden als Garantie für eine Anleihe dienen, die Belgien aufnehmen werde.

Grausame Behandlung deutscher Gesangener in England.

„La Presse de Paris“ vom 29. November veröffentlicht eine Nachricht aus London, wonach 1800 deutsche Kriegsgefangene von Campagna, die in einem Militärlager untergebracht waren, in den letzten Tagen verstarben und sich wenig trug, gewisse Arbeiten zu verrichten. Die strengsten hygienischen Maßnahmen seien sofort ergriffen worden. Drei Tage völlige Dürre hätten sie zur Verurteilung gebracht. Ausgehungen und vor Dornen stehend zu sein die Arbeit wieder aufgenommen und alles sei nunmehr wieder in Ordnung.

Diese Notizen ter entlichen Schicksal, die den deutschen Gesangenen jedes Menschentums und jeder Menschlichkeit abnehmen, zeigt uns den „Vette jenseits des Kanals“, wie wir einst den Briten nannten, in seiner wahren Gestalt. Solche Grausamkeit in darf das deutsche Volk nicht dulden. Der geschickteste Vorgesang hat den Wert eines Kulturdokumentes.

Vollschreibung in Koburg für Aufschlag an Bayern.

Koburg, 1. Dez. Die geltende Vollschreibung enthält über 20 000 Stimmen für einen Aufschlag an Bayern, dem nur rund 3800 für Thüringen. Der Thüringer Gemeindefußvertrag wurde mit fast 90 Prozent Unbrutt abgelehnt.

Der außerordentliche Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, wurde in Leipzig eröffnet. Amnestien sind zahlreich. Die größte aus allen Teilen Deutschlands, ferner aus D. Korea, S. China, D. Korea und Mandchurien. Es ist ein Versuch ist politisch. Unter diesem Titel der Verammlung erklärte der Redner, daß eine Einigung zwischen der Partei der Arbeiter und Sozialisten und dem kaiserlichen Reichstag unmöglich sei. Die heutige Weltlage habe inwieweit eine Deutsche Revolution mehr. Sie müsse und werde überwinden werden vom Sozialismus. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wurden als Vorlesende mit gleichen Rechten einstimmig gewählt: Dittmann, Berl., B. Wiprecht, Leipzig, B. Wiprecht. In den einzelnen Punkten der Tagesordnung liegen weit über 100 Mitteilungen und Resolutionen vor.

Provinz und Nachbarstaaten.

Zachern, den 3. Dezember 1919.

Das neue Wackerstein kann seine erste praktische Verwendung finden gegenüber dem Schieferstein mit Verwendung aus geschmolzenem gestanzenen Wackerstein mit Weisnachssteinen, die aus dem Ausland kommen, beweisen. In Deutschland werden nicht sehr viel Weisnachssteine geschlagen werden, da ohnehin schon große Vorkommen festgefunden haben. Die kaiserlichen Vorkommen sind aber sicher für die Bevölkerung der Weisnachssteine.

Das Weisnachsstein. In Berlin und anderen Großstädten ist zwischen den Brauereien und Gastwirten wieder einmal ein Konflikt ausgedehnt. Dieser eine drohende Erhöhung des Bierpreises, wozu bei den günstigen Abzügen der Großbrauereien für diese gar kein Anlaß vorliegt, handelt es sich um die Einführung eines Maßmaßes. Man sollte doch meinen, daß das Eigentumsrecht der Brauereien an den Bierfassern nirgends ernstlich in Frage gestellt und jedenfalls auch ohne Maß zu schützen ist. Bierpreise sind doch nicht mit Bierpreisen zu vergleichen.

Zulagen für Kriegsbefähigte. Die „Kölnischer Anzeiger“ teilt mit: Vom 16. November ab erhalten die Kriegsbefähigten mit einem Erwerbverlust von 30 Prozent und mehr eine Zulage im Betrage von 4 Prozent monatlich. Die Zulage wurde bisher nur bei einem Erwerbverlust von 50 Prozent und mehr gewährt. Die Zulagearten sind bei den zuständigen Provinzkommissionen gegen Vorlegung der Rentenanzeige erhältlich.

Wir weisen auf die im Anzeigenteil enthaltene Benennung der Zulage von Brotmarken noch besonders hin, wonach die Zulage ab sich wie bisher von 3—4 Uhr sonder von 2—3 Uhr stattfindet.

Im Anhang an den Bericht über die Stadtvorbereitung in letzter Nummer ist noch zu ergänzen daß eine Lebensmittelkommission, bestehend aus Herren Karl Jacob, Heinrich Bauer, Gustav Winkler, Otto Hauptreiter und Frau Henne gebildet wurde. Derselben Kommission haben die Lebensmittelgeschäfte Einblick in ihren Betrieb sowie Kontrolle über den Verkauf der Lebensmittel zu gestatten.

Volkshochschule. Der 3. Vortrag über Sozialismus findet bestimmt am Donnerstag, den 4. Dezember abends 7 Uhr in Klasse 5 der Mädchenhohschule statt. Von denen, die sich zu diesem Kursus einschreiben ließen, sind bei den ersten 2 Vorträgen noch nicht alle erschienen. Es lag dies an der Unmöglichkeit das Stadtfest bekannt zu machen. Da im ersten Vortrag nur die verschiedenen Gesellschaftsformationen, im zweiten die Vorläufer des Sozialismus von Plato bis Marx behandelt wurden und erst jetzt im dritten der Anfang gemacht wird die Gesellschaft der Gegenwart in der Hand Marx'scher Lehren kritisch zu untersuchen, werden immer noch neue Teilnehmer am Kursus zu ihrem Rechte kommen. Es wäre daher erwünscht, wenn die Herren und Damen, welche sich zu diesem Kursus vormerken ließen, ab diesen Donnerstag oder nächsten Donnerstag zu dem 3. Vortrag und den folgenden erscheinen.

Wittgensteins. Vier wurden in England amerikanischen Kriegerischen Truppen in großer Menge gefunden. Es ist mit dieser Mitteilung auf die Gefahr aufmerksam gemacht, die aus dem Genuß nicht untersuchten ausländischen Specks in rohem Zustande für Gesundheit und Leben entstehen kann.

Freiburg a. N., 30. Nov. Auf dem Wege von Albersroden nach Weimerode wurde ein männlicher Leichnam aufgefunden. Der Mann ist erkrankt, seine Persönlichkeit ist noch nicht festgestellt. Jedemfalls war er in der großen Schmerzhafte, welche hier niedrigen, eintragsraten und heute in der Dunkelheit sein Ziel verloren.

Wannenburg (Straßmann). 1. Dez. Wegen Preissteigerung resp. Minder mit Pfistermünze, bezugnehmend im Jahre 1917 waren eine Anzahl Händler und Erzeuger angeklagt. Es wurde festgestellt, daß Preissteigerung von 60—100 Mk. Friedenspreis per Zentner bis zu 850 Mk. beachtet worden sei. Nach längerer Verhandlung wurden bestraft: Kaufmann Hildebrandt aus Schillingen 3000 Mark, Kaufmann Karl Hartung 9000 Mark, Frau Elisabeth Reichmann 5000 Mark, Landwirt Wilhelm Köhler 9000 Mark (alle drei aus Göttingen). Bei den Erzeugern wurde das Doppelte des Gewinnes über die 5000 Mark festgesetzt und zwar: Hermann Stange 3500 Mk., Hermann Köhler 7500 Mk., Albert Schilling 700 Mk., Frau Käster 1200 Mk., Robert Hartung 1600 Mk., Karl Engel 3300 Mk., Ernst Peter 1000 Mk., Karl Peter 1700 Mk., Eberle Köhler 3500 Mk., Karl Hoffmann 1500 Mk., Louis Wichte 2000 Mk. Bei Frau Köhler, der damals Soldat war, wurde das Verlangen auf Grund des Ankerrechts festgestellt.

Eine Sache aus Göttingen, die ohne geklärt worden zu sein, viel Staub aufgewirbelt hat, ist durch Tötung, die dem bei der Stadt angelegten Neubauten Albert Hühne und seiner Frau, Minna geb. Vogel, zur Last gelegt sind, erneut ins Rollen gekommen. 1911 waren auf unaufgeklärte Weise, als H. in Urlaub war, sich aber noch in der Stadt aufhielt, 400 Mark und unter gleichen Umständen 2000 Mk. aus dem Geldschrank der Sparkasse verschwinden, Schlüssel zu dem Schrank hatten zum oberen Saal Bürgermeisters Hofe, zum unteren Kaffeehaus Hofe geholt. Letzterer, unter Anklage gestellt, hat mangels Beweises freigesprochen werden müssen. Dem Bürgermeisters Hofe von der Verurteilung in einer Weise abgesehen worden, daß er von dieser Seite mehr als Ungeklärte wie als Folge behandelt wurde. Vor längerer Zeit war nun an einer Tür des Schillingen Hofes mit Kreide geschrieben worden: Der Bürgermeisters Hofe den Diebstahl eingeleitet. Diese Schrift soll derjenigen des Rentners ähnlich sein, weshalb gegen ihn Vorlage wegen Verleumdung erhoben worden ist. Die Eheleute Hühne hatten im Hause des Bürgermeisters Hofes mit dem Dreiertrier Wendorf auf einen Flur gewohnt. Frau H. war 1915 gestorben. Der Rentner, im Felde stehend, hatte den Wohnungsschlüssel seiner Schwester übergeben. Diese hatte bei jedem Kommen einige Sachen vernutzt und schließlich eine Zeitung mitgenommen um festzustellen, ob jemand mit Nachschlüssel sich Eingang verschafft. Eine Hausdurchsuchung in der Wohnung des Rentners hatte verschiedene der gestohlenen Gegenstände, sowie einen Nachschlüssel ans Tageslicht gefördert. Auch hatte die Familie 3 Festnahmen mehr, als sie zustanden, in Vernehmung gehabt und Warten an andere Personen abgegeben. Eines Sonntags war der Rentner dabei betroffen worden, als er sich an dem Schranke, der die Karten enthält, mit seinem Schlüsselbund zu öffnen machte. Darans war der Verdacht erregt worden, daß auch die beiden Geliebten von ihm vernutzt worden sind. Die Verhandlung dürfte noch mehrwöchiger Dauer verlaßt werden.

Lützen, 30. Nov. Durch gemeinschaftliches Wirken der Polizei und Gendarmerie konnten am 29. eine junge Partisanin

in der Nacht vom 26. zum 27. November wegen Erpressung ermittelt und verhaftet werden. Durch mehr ere, anonym geschriebene Briefe hatten die Partisanen den Sohn des Landwirts Müller, Herbert, hier aufgefordert, ein Schweißgeld in Höhe von 1000 Mk. an einer bestimmten Stelle auf der Straße Lützen-Böllingen einer dort erscheinenden Dame auszubringen, widrigenfalls Müller von den Erpressern als Brandstifter der im vorigen Herbst hier stattgefundenen Brande bekannt gegeben würde. M. hat sich durch Zeitungsjurist zur Zahlung der Summe bereit erklärt und fand sich am 26. abends 9 Uhr mit einem Kuvert voll Papiergeld an der bezeichneten Stelle ein und überreichte der Dame das Schweißgeld. Doch bevor M. aufsteigen und nahegelegene Hilfe einzuholen konnte, erlitt die Dame in rasendem Tempo der Stadt zu und verschwand so im Dunkel der Nacht. Durch eifriges Nachforschen seitens der Beamten konnte die Dame gegen 12 Uhr mit ihrem Helfersherz dingfest gemacht werden und schon sie nunmehr der gerechten Strafe entgegen. Die verurteilte Dame entpuppte sich als der Arbeiter Kurt Müller, der H's Helfersherz als der Monteur Otto Stange, beide in Lützen wohnhaft.

Halle, 1. Dez. Der Demobilisierungsausschuß hat für den Stadtfest Halle die Einstellung von Arbeitern und Angestellten beiderlei Geschlechts verboten. Von der Verurteilung werden Schwerbeschädigte, Auslandsdeutsche, Kriegsgefangene usw. nicht betroffen. Nach sich die Heranziehung unwürdiger Arbeitskräfte notwendig, so kann der Demobilisierungsausschuß Ausnahmen machen. — Von der Kriminalpolizei werden zwei verdächtige Männer angehalten, als sie für etwa 3000 Mk. Kupfer abzugeben versuchten. Ihre Angaben über die Herkunft des Kupfers erschienen unglaubhaft. Es wurde festgestellt, daß es von einem großen Werk der Provinz geliefert war. In einem Dorf wurde später noch für etwa 8000 Mk. Kupfer in der Düngrube vorgefunden in beständiger, das ebenfalls von diesem Diebstahl herrührt.

Güthen. Die Eisenbahndiebstahl auf dem hiesigen Bahnhof und auf den hier durchlaufenden Strecken haben einen Umfang angenommen, der jeder Befürchtung spottet. Kürzlich wurde ein in der hiesigen Betriebswerkstätte zur Reparatur anwesender Wagen nachts fast bis zur Hälfte entleert. 2000 Pfund korbenters Milch, Ballen von Kleberstoffen usw. wurden gestohlen. Auf der Strecke Güthen-Bettstedt gibt es gleich hinter Sandersleben eine große Steigung, die von den Güterzügen nur in langsame Fahrt genommen werden kann. An dieser Stelle fehlen vielfach nachts Leute in die Höhe und werden Fernaus heraus, die von den mit Wagen herbeiführenden Helfersherzen festgesetzt werden. Kürzlich hatte man in einem solchen Zuge einen eingeschoben, in dem mehrere bewaffnete Beamte mitführen, um die Mörder abzufangen. Der Plan gelang; es kam aber zu einem Zusammenstoß, bei dem einer der Bedrohten einen Schuß erzielte, an dessen Folgen er verstarb. Als abschreckendes Beispiel hat dieser Vorfall aber kaum gewirkt. In der Nacht zum Dienstag sind an derselben Stelle wieder Diebe auf einen Güterzug geklettert und haben nicht weniger als zehn Güterwagen geplündert.

Ein Diebstahl von Rindfleisch in Thüringen. Aus Weimar wird berichtet: Abends gegen 7 Uhr sprangen vier feldgarn geleitete Personen auf den von Jena kommenden Güterzug, der in der Nähe des „Waldschloßes“ wegen Bauarbeiten langsam fahren mußte, drangen in einen Waggon ein und warfen vier Rinder heraus und sprangen wieder ab. Eine Rinde Porzellan, die wohl die Diebe nicht gebrauchen konnten, liegen sie auf der Straße zurück, während sie mit den anderen Rindern schnell noch verschwand. Was sich daran befand, konnte bis jetzt noch nicht festgestellt werden.

Vermischtes.

* Ein Hundertjähriger. Am 1. Dezember vollendete Reibartier Hr. Nibling in Göttingen sein 100. Lebensjahr. Seit zwei Jahren muß er zwar das Zimmer hüten, erfreut sich aber noch einer gesunden Frische, wenn auch Gehör und Gesicht nachgelassen haben.

* Die Spielbank beherbergt heute die ganze Welt in ungläubiger Weise, und leider sind beide Geschlechter davon beeinflusst. Ja, „Lernen“, die die Menschen kennen, sind sogar den Männern, im Gesellschafts-, Spielabende zu arrangieren, überlegen und vertiefen sich bis zur Vergesse von freien Ideen, um Götter anzukleben. Dafür steht die „Wirtschaftslehre“ wegen Bauarbeiten langsam fahren mußte, drangen in einen Waggon ein und warfen vier Rinder heraus und sprangen wieder ab. Eine Rinde Porzellan, die wohl die Diebe nicht gebrauchen konnten, liegen sie auf der Straße zurück, während sie mit den anderen Rindern schnell noch verschwand. Was sich daran befand, konnte bis jetzt noch nicht festgestellt werden.

* Hundert Jahre Wackerstein-Berlin. Am 29. November hat das Luftschiff „Bozente“ seinen einhundertsten Flug zwischen Berlin und Friedrichshagen und umgekehrt an 98 Kalendertagen zurückgelegt. Es ist während der Zeit 513 Stunden unterwegs gewesen, hat 50 000 Kilometer zurückgelegt und 222 Passagiere ohne Verletzung sowie 23 345 kg. Gepäck befördert. In dem acht Tagen der Vorkampferperiode vermittelte es 4500 kg. Post. Am 2. Dezember trat das Luftschiff den letzten regelmäßigen Flug in diesem Jahre von Berlin nach Friedrichshagen an, nun dann in den Monaten Dezember und Januar umgebaut und vergrößert zu werden.

* Raubmord bei Groß-Salzpe. Von Schönebeck aus wurde die Hilfe der Magdeburger Kriminalpolizei in Ansbach genommen zur Aufklärung eines bei Coblen

verboten Raubmordes. Auf der Chaussee bei Söhlen wurde Freitag Abend die Leiche eines jungen Mannes aufgefunden, der durch einen Schuß in den Hals getötet war. Es stellte sich heraus, daß der Tote ein Angestellter der Firma Altondorff hiesiger Fabrik war, der den Aktien hatte, für sein Gehalt 2000 Mark Lohngeber von Söhlen zu holen. Das Geld, das sich in Papierbänken mit dem Aufdruck der Firma Altondorff befand, ist ihm geraubt worden, ebenso sein Winterkleid. Der Verdacht fällt auf polnische Arbeiter.

Mitteltische Fime für das Ausland beschlagnahmte die Zentralfirma zur Befreiung unglücklicher Arbeiter und Schreier in einem Berliner Penlonat. Eine Frau Eheper aus Leipzig hatte mit einem gewissen Karl Grabet aus München den Betrieb dieser gedruckten Darstellungen übernommen und verschiedene an das Ausland verkauft. Als die Zentralfirma dahinterkam, beschlagnahmte sie die Ware und nahm die Händler fest. Gerade durch diese Fime geht nach das Ansehen Deutschlands im Ausland herabgewürdigt. Denn bei deren Veröffentlichung wird keineswegs verschwiegen, daß sie aus Leuzschand stammen, und damit der Eindruck hervorgerufen, daß sie hier ebenfalls aufgeführt werden und die Kultur der Deutschen widerspiegeln.

Das Urteil im Samirgeldeprozeß. In dem Prozeß gegen den früheren Angehörigen der Kriegs-Verder-Mittelschiff, Kaufmann Holzhaus, Feinlin und seine Mitange wurde Sonnabend das Urteil gesprochen.

Das Gericht war der Ansicht, das Holzhaus durch die Anklage von Provisions ohne Zweifel wider Treu und Glauben gehandelt und somit durch „unlauteres Verhalten“ gegen die einschlägig Gelehrtenbestimmung verstoßen habe. Da er im übrigen aber bei der Verschuldung anerkanntermaßen zurückgehend gewirkt hat, so wurde die höchste zulässige Geldstrafe von 5000 Mark als ausreichend erachtet, außerdem wurde eine Summe von 16233 Mk. als dem Steuere verfallen erklärt. Die Mitangeklagten, von denen Holzhaus Provisionsabgaben empfangen hat, wurden ebenfalls verurteilt: Feldmann und Viktor zu je 2000 Mk., Schaefer zu 1000 Mk. Geldstrafe.

Aus dem dunkelsten Wien. In Wien ist vor einigen Tagen die achtjährige Marie Odra aus der elterlichen Wohnung verschwunden und vermuthlich einem Verbrechen zum Opfer gefallen. Montag erschien bei der Polizei der Kanalarbeiter Ogaladino und gab an, daß er von dem Kanalarbeiter Ogaladino und von dem Kanalarbeiter Ogaladino ebenfalls eine Bekannte erhalte. Eine Wäscherin Steiner, die mit Meißner zusammenkam, hatte sich und Ogaladino von diesem Meißner, das sie für jungheimeines hielt, eine Maßzeit bereitet. Die Frau des Ogaladino schöpfe Verdacht über Verdacht und erkrankte Anzeiger. Es wurden daraufhin bei den beiden Kanalarbeitern Wäpchen gefunden. Professor Siederer hatte sich, bis es sich um Menschen nicht handelte. Es liegt der Verdacht nahe, daß die kleine Odra das Opfer eines Unfalls geworden ist, der die Leiche des Kindes zerstückelt. Beide Kanalarbeiter wurden in Haft gehalten, da ihre Aussagen einander widersprechen.

Der Vater erschossen und festgenommen. Wegen Todschlags hatte sich in München der Subent der Medizinalrath Adolf Schenker zu verantworten. Die Verhandlung entrollte das Bild einer erschütternden Familientragödie. Ein nach dem Sektionsbefund geistig wohl nicht ganz gesunder Mann hat während einer 20-jährigen Ehe seine Frau in rohester Weise mißhandelt, bis der inzwischen herangewachsene Sohn offen für die Mutter Partei ergreift und in höchster Weise mit dem Vater bedroht — diesen in der Erregung niederschlag. Das Gericht sprach den Angeklagten unter Ausnahme von Nothwehr von Schuld und Sühne frei.

Verurteilung wegen Landesverrat. Das Reichsgericht verurteilte den 28-jährigen Geiger Georg Nagel aus Kößlin wegen verurtheilten Landesverrats zu drei Jahren sechs Monaten Zuchthaus und fünf Jahren Ehrenverlust. Nagel war zuletzt Ende 1917 bis Anfang 1918 von einem neutralen Lande aus einer feindlichen Kriegsmacht dadurch vorant, daß er Vertreter derselben geheimhaltende Nachrichten, die Bedeutung eines wichtigen deutschen Hafens, gegen Geld überließ. Der Reichsgericht nahm nur Versuch an, weil die verbreiteten Nachrichten nicht geeignet waren, die deutsche Kriegsmacht zu schwächen.

Umzügen statt Ratten. Ein raffiniertes Schwindel, auf den zahlreiche Geschäftslente hineingefallen waren, lag einer Anklage wegen Betrugs in strafwürdigem Maße bezw. einseitigen Betrugs zugrunde, welche den vielfach vorbestraften Schloffer Hermann Wieg, den Kaufmann Siegfried Sonnenfeld, den Kaufmann Moritz von Feurig, den Kaufmann Otto Schönborg und den Expeditionsaufseher Albert Krich vor das Landgericht Berlin I führte. — Wie die Anklage behauptet, sollen die Angeklagten gemeinschaftlich einen recht raffinierten Betrug in Szene gesetzt haben, indem sie Butterfässer mit Sand und Lumpen füllten und oben auf eine Schicht Butter gossen. Ziele Butterfässer wurden dann als beste pommerische Meiereibutter heimlich an Gastwirthe und andere Leute für viele Tausend Mark verkauft. Der Gericht war nur Wieg schuldig, er behauptete, daß auch die Mitangeklagten in den

Schwindel eingeweiht waren. Diese bestritten jedoch jede Schuld. Das Gericht kam auch bezüglich der Mitangeklagten mangels ausreichenden Beweises zu einer Freisprechung, dagegen wurde Wieg mit Rücktritt auf seine Posten für 3 Jahre Zuchthaus, 500 Mark Geldstrafe und 5 Jahre Ehrenverlust verurteilt.

Raubmord bei Ebnedeh. Auf der Chaussee von Söhlen, in der Nähe von Ebnedeh a. d. Elbe wurde gestern Abend die Leiche eines Angestellten der Firma Altondorff, Eduard Veit gefunden. Der Tote hatte einen Schuß in den Hals erhalten. Zweijährig Mark, die sich in einer Papierhülle mit dem Aufdruck der Firma Altondorff befanden, ist ihm geraubt worden, desgleichen sein Lebersteher. Als Täter werden polnische Arbeiter vermutet.

Zwischen Haß und Liebe.

Roman von Erich Gienke n.

Fortsetzung (Nachdruck verboten.)
 „Und ich bin überzeugt, daß Sie nicht die Wahrheit sagen Fräulein Marien! Wie sehr Sie sich auch mühen, es vor mir zu verbergen — aus Ihrem Gesicht lese ich, daß Sie einen Verdacht haben!“

Sie schrat zusammen und harzte den Detektiv einen Augenblick entsetzt an. Reich darauf aber richtete sie sich fest auf und sprach mit ungeheurer Willenskraft einen Ausdruck kalter Ruhe in ihre Braue. Etwas Feindliches bligte aus ihren großen, blauen Augen auf den kleinen Abel nieder.

„Und wenn ich einen hätte, Herr Metzner, so schmäde ich Ihnen sehr, daß er nie über meine Lippen kommen wird. Denn auch der leiseste Verdacht wäre hier — Verschuldung! Es ist Ihre Pflicht und nicht die meine, den Schuldigen zu finden!“

„Euchern Sie! Euchen Sie!“ rammte sie anker fest. „Aus Varnbergigkeit... nein, aus Gerechtigkeit! Ich kann nie wieder frei atmen, ehe ich nicht weiß, wer — Mordoff getödt hat!“

Sie wollte das Zimmer verlassen. Aber Metzner vertrat ihr den Weg.
 „Eine Frage noch. Sie glauben also nicht wie alle Welt, daß die Sendungen blau einer Standesategorie gelten?“

„Nein!“
 „Dann waren die anderen Giftstoffe nur obgedient worden, um den Mord an einem Einzigen zu bemanteln!“

„Vielleicht — ich weiß es nicht! Aber es ist ja alles so dunkel, so unverständlich...“

Sie rief sich los und verließ fluchtartig das Zimmer.

Beltraut fuhr ruhig fort:

„Ich dachte es mir, darum kam ich zu Ihnen. Wären Sie doch nie in Erfahrung brachte, bei der Kommission, die des Unglücklichen Wohnung betraucht hatte. Daß Sie unabhängig von der Auffassung Ihrer Vorgelassen vorgehen. Wird dies möglich sein?“

„Ja, besonders da die Auffassung der Behörde in diesem Fall nicht ganz die meine ist, und ich freie Hand habe, selbständige Forschungen anzustellen.“

„Aber ich frage mich, ob Sie glücklicher Zufall! Was für Mittelungen würde sie ihm machen?“
 Fräulein von Buchlau betrachtete ihn aufmerksam. Er war klein und höchlich mit seinem Ohrenkopf und dem stark ausgeprägten Nasenrücken. Aber seine Augen sprühten vor Intelligenz. Er ist, was ich brauche, dachte sie. „Ein solcher Wette meist Ihre Auffassung von jener der Leiche ab?“ fragte sie plötzlich.

„Darauf kann ich kaum eine positive Antwort geben. Meine Schüsse sind bisher negativer Art: Ich glaube weder an den „Wahnsinnigen“ noch an den „Übergangenen“, noch an den „Anwesenheitstüchtigen.““
 Beltraut nickte kühllich beifällig.

„Sie tun sehr recht daran, keiner von diesen ist der Mörder. Ich glaube auch, daß die andern Giftstoffen gar nichts mit diesem Verbrechen zu tun haben oder nur — als Deckmantel gewählt wurden. Die Hauptfrage: Was man an Herrn von Ebnedeh ein Verbrechen verübt, glauben Sie doch?“

„Nein! — ja! Vor einer Stunde dachte ich noch an Selbstmord!“
 Ganz machte eine Gedärbe der Überraschung. „O — Sie auch? Wie kommen Sie dazu? Mein Bruder sprach diese Vermutung aus! Aber daß ich in jenen Augen ausgefallen.“

„Ich dachte an die Tat eines momentan durch Nervosität überreisten Geistes. Aber ich sehe ein, daß ich falsch kalkuliere.“

„Ganz gewiß! Ich weiß nicht, was auch meinen Bruder Walter veranlaßte, auf diese fonderbare Idee zu kommen, aber ich weiß bestimmt, daß sie unmöglich ist! Sie scheinen sich ja auch davon überzeugt zu haben. Darf ich fragen wodurch?“

„Einmal durch eine Unterredung, die ich mit dem Brant des Verstorbenen haben konnte.“
 Bei diesen Worten ging eine große Veränderung in den großen Beltrauts vor sich.

„Ah — Sie kennen sie also bereits! Das ist gut. Wie war sie? Was sprach sie? Wie sie häufig und wieder loderte es wie Haß in ihren schwarzen Augen.“

Sie sprach sehr wenig. Aber das Wenige befestigte in mir die Überzeugung, daß Fräulein Marien selbstens Verdacht gegen eine bestimmte Person hat.“
 „Verdacht! Seien Sie überzeugt, daß die es nur zu gut weiß! Daß sie ihre Hand dabei sicher mit im Spiele hatte, wenn ich auch die Gründe noch nicht kenne, die sie antrieben, sich des armen Ebnedeh zu entledigen!“

Abel Metzner, obwohl nicht leicht aus der Fassung gebracht, wirkte heftig zurück und harzte einen Augenblick sprachlos auf die Erzählung, deren schönes Mädel nun wieder leidenschaftlichen Haß verriet.

Fortsetzung folgt.

Standesamtliche Nachrichten von Teuchern.

Standesamt.

Geboren wurden 4 Mädchen und 7 Knaben.

Verheiratet haben sich 10 Paare.

Bestorben: 1. Hildegard Emma Hilbert, 20 Tage alt, Tochter des Bergarbeiters Gustav Hilbert. 2. Die Ehefrau Louise Verita Holzmann geb. Zeiger 55 Jahr alt. 3. Der Bergarbeiter Otto Schmidt 21 Jahr alt. 4. Bergarbeiter Charlotte Bauer, 1 Monat alt, Tochter der Ida Emma Bauer. 5. Ein totes Mädchen. 6. Die unverheiratete Emma Ida Bauer, 23 Jahr alt. 7. Der Bijutiermacher und Lokomotivführer Karl Hermann Richard Schütz, 27 Jahr alt.

Gingeländ.

In die Steuerzahler von Teuchern.

Die Steuerverordneten beschloffen in ihrer letzten Sitzung, daß alle ständischen Bekanntmachungen von der bisherigen Zeitung für 400 Mark gedruckt werden sollen. Einige, als weniger, Bekanntmachungen sollen, einem von der Mehrheit der Verammlung eingebrachten Antrage entsprechend, im „Teucher Wochenschein“ gegen 300 Mark gedruckt werden. Wie schon in der Steuerverordnetenversammlung gesagt wurde, würde der Preis gegen 1000 Mark betragen. Also weniger Arbeit, aber mehr Lohn! Das nennt man Unterstützung des Kleinverdieners, „Gleichheit“, „Brüderlichkeit“ und „Jedem das Seine.“ Teuchern ist ja auch eine reiche Stadt, die sich eine solche Ausgabe von 1000 Mark leisten kann. Bis jetzt hat jeder pünktlich die Bekanntmachungen zu lesen bekommen, warum also noch das unwürdige Geld ausgeben? Die für diese Ausgabe in der Sitzung angeführten Gründe werden von vielen Steuerzahlern als nicht gerechtfertigt angesehen.



Der treue Ernährer

des Lederzeugs ist und bleibt
Dr. Genthner's Delmaschleiderpuder

Nigrin

Keine Wassercreme — nur aus Öl und Wachs bestehend — gefriert nicht, verdirbt und durchroftet die Leder nicht, gibt auch wasser- und wasserfesten Hochglanz.

Nur haushübs mit Lappen auftragen.

Pr. Kaffee

„Kakao“

Pr. Reisstärke

empfiehlt

E. Rahnefeld

Inh. Curt Eitze.

Ein Pa r getragene

Stiefel

(Größe 38) sind zu verkaufen bei Albert Gauer, Probsteier 8.

Kinderbettstelle

zu kauf n gesucht.

In erfragen in der Geschäftsstelle des Plantes.

Sallergesellen

Suche so vor einen ehrlichen bei gutem So n

Otto Schmidt, Sattlermeister.

Schloß 8, Hohenhäuser, und nur 87.

Miet und Pacht-Verträge

empfiehlt Otto Riefern;

Oele zum Braten u. Backen das Pfund 7 Mark R. Näther.

Herrenanzug

(Gedert blau), ferner einige Meter

Roststoff

(Chemie) in schwarz und blau a 1000 g 100 g

Willy Radold, Gröben 29.

Achtung!

Alle, welche am Wandbrennunterricht teilnehmen wollen, wollen sich Sonnabend abends 7 1/2 Uhr im „Gasthof am alten Baum“ einfinden.

Jamaika-Rum-Verschnitt

empfiehlt R. Näther.

Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend



Abzugpreis: Die sechs erspaltenen Kopfzeile 25, Restzeile 40 P.

Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Reiterstraße 10 bis spätestens vormittags 2 Uhr. Größere und kompliziertere Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unsere Hände sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Vierteljährlicher Bezugspreis: durch unser Geschäftsstelle 2,10 RM, von anderen Orten aus durch 2,35 RM und durch den Briefträger 2,35 RM.

Monatlicher und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Reiterstraße 10, auch von anderen Orten mit allen Postanstalten angenommen.

Aufsichtliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 142.

Donnerstag, den 4. Dezember 1919.

58. Jahrgang.

150 Minister.

Der Reichsjustizminister Schiffer hat in einer Konferenz mit den einflussreichsten Justizministern die interessante Tatsache mitgeteilt, daß vor kurzem in der deutschen Republik 150 Minister in Reich und Einzelstaaten zusammengekommen, haben und hat daran die Ansicht geäußert, daß diese große Zahl von Ministern, ohne die Selbständigkeit der Einzelstaaten zu beeinträchtigen, denn doch etwas beachräftigt werden könnte. Der Reichsjustizminister hat damit gewiß Recht, aber wir dürfen nicht vergessen, daß diese Steigerung der deutschen Minister in ihrer Zahl um mehr als das dreifache eigentlich nur die allgemeinen Verhältnisse widerspiegelt. In so vielen Bereichen hat sich die Zahl der Arbeitskräfte bedeutend vermehrt, ohne daß deshalb die Leistungen erhöht worden wären.

Aber diese Tatsache will nicht übersehen, sondern ernst genommen sein. Sie zeigt vor allen Dingen, daß die alte Verfassung doch nicht so unpraktisch war, denn sie hat in ihrer kleinen Zahl von Ministern größere Beschäftigung. Die Revolution hat geklagt, jedem Staatlich in Arbeitsgebiete ihre sichtbare Spitze geben zu wollen, hat aber nur eine geringe Zahl von gar nicht mehr zu übersehenden Verordnungen und durch die gesteigerte Beamtenszahl eine große Verteuerung der Verwaltung herbeigeführt. Wo wir doch gerade sparen wollten, und sparen müssen. Eine vorläufige Verringerung in den oft als unerlässlich empfundenen Ministerien ist noch nicht eingetreten. Zuerst erkundigt sich eine Zusammenkunft der ministeriellen Wirkungsstätten angeordnet, damit die Regierungsmaschine intensiver arbeitet. Es soll aber nicht damit gegnigt sein, daß die Bundesstellen zugunsten der obersten Reichsstelle auf ein Minimum zurückzuführen sollen, denn bei allem Wohlstand, den die Energie der Reichsminister werden sich die Bewohner der Einzelstaaten doch mehr auf ihre eigenen Minister und deren Landesbeamten verlassen, wie auf den guten Willen eines dem Reichsminister nachgeordneten Regierungsrates.

Die übertriebene Zahl von Beamten und amtierenden Stellen, die mit der Bildung der vielen Räte ihren Anfang nahm und mit der bevorstehenden Bildung der Betriebsräte wohl noch nicht ihren Abschluß finden wird, ist keine Eigentümlichkeit der deutschen Republik, sondern der Republik überhaupt. Und der wahre Grund dazu ist, daß es in den Kreisläufen so oft an der frischen Schöpfung und praktischen Erhaltung fehlt. Wo ein durchgehender Beamter selbständig entscheidet und das Richtige trifft, werden nicht selten Kommissionen in Bewegung gesetzt und operieren gegeneinander. In der Reichs-Deputiertenkammer klagen Jahr für Jahr einflussreiche Leute über den Beamtensüberschuß, aber es werden nicht weniger, sondern mehr. In Italien liegt es ähnlich, während England trotz aller parteipolitischen Ministerwechsel einen ausgezeichneten Stand von geschulten Beamten besitzt und behält, der besonders feiner auswärtigen Politik und Kolonialverwaltung zugute kommt. Die Ansicht, daß es sich bei uns mit dem heutigen Beamtensüberschuß, einer Bewegung handelt, ist schon da, und es ist voranzutreiben, das das Ministerium mit neuen parteipolitisch, aber nicht verwaltungsrechtlich geschulten Personen nur seine Zeit bawern kann. Denn die Kritik der Bevölkerung schweigt nicht, wenn die Leistung der Verwaltung nicht im Verhältnis zu den Mitteln steht. Eine gut gedachte Vermaltungsreform muß von jetzt, heißt das Ziel, das heißt das Wissen, in klaren und klaren die Arbeit, und ein mißbrauchtes Bedürfnis wird über, die Unzufriedenheit. Daran ändert die Staatsform nichts! (Vn.)

Die Wuchergesetze.

Die Sondergerichte gegen Schleichhandel und Preistreiber.

Der „Reichsanzeiger“ Nr. 275 veröffentlicht die Verordnung über die Sondergerichte gegen Schleichhandel und Preistreiber. Die „Sondergerichte“ sind im Bezirk eines jeden Landgerichts einzurichten und befassen sich auch mit anderen Straftaten, insbesondere mit Beschulden und Unrechtmäßigkeiten gegen Vorkaufstellen über die öffentliche Wehrschüsse von Gegenständen. Das Gericht ist in der Hauptverhandlung mit drei Richtern und zwei Schöffen zu besetzen, von denen der eine dem Kreise der Verbraucher, der andere dem Kreise der Erzeuger oder Handelsbetriebe angehört. Gegen die Entscheidungen des Wuchergesetzes findet kein Rechtsmittel statt. Als Strafen werden Gefängnis, Buschhaus bis zu fünf Jahren und Geldstrafen bis zu 500 000 Mark verhängt. Derselben Strafen gelten auch für die ohne die erforderliche Genehmigung erfolgte Ausfuhr von Gegenständen, die der Wehrschüsseamtminister als „lebenswichtig“ bezeichnet hat. Als lebenswichtig in diesem Sinne gelten:

- 1. Lebens- und Futtermittel aller Art, einschließlich Samen.
- 2. Pferde, Windmühlen, Schiffe, Ziegen und Schweine, auch soweit sie als Jagd- und Nutztiere nicht unter Nr. 1 fallen.

- 3. Tierische und pflanzliche Oele und Fette, soweit sie nicht unter Nr. 1 fallen.
- 4. Künstliche Düngemittel, insbesondere Stickstoff, Phosphor und kalkhaltige Düngemittel.
- 5. Mostabfall, insbesondere inländischer Erzeugung.
- 6. Fischereierzeugnisse, Fischereifahrzeuge und Betriebsmaschinen für Fischereifahrzeuge.
- 7. Häute, Felle, Leder aller Art.
- 8. Schuhwerk aus Leder, Treibriemen und Treibriemenbahnen aus Leder.
- 9. Knochen, Leim, Leimleder, Gelatine.
- 10. Eisenerze, Manganerze, Ferronangan, Ferroaluminium.
- 11. Eisen, Kohleisen, Gießstahl, Formeisen, Mangan, Bruch, Eisen- und Stahlstahl, Gießereierzeugnisse.
- 12. Eisenbahnlokomotiven, Feldbahnlokomotiven, Straßenbahnlokomotiven, Traktoren und Kleinlokomotiven, gewalzte und gegossene Räder, Stahls- und Walzwerkzeuge einschließlich Halbzeug.
- 13. Lokomotiven und Eisenbahnwagen für normale Spurweite sowie deren Bestandteile und Zubehöre.
- 14. Steinbohle, Baumbohle, Bauholz, Kiste.
- 15. Ausholz - insbesondere Bauholz, Schindelschlag, Grubenholz, Schmelzholz, Bauholz.



heerliche Wehrschüsse, es handelt sich um die Wiederholung von Gerichten, die schon im November 1918 vor der Revolution im Umlauf waren, und die in dem Vorkauf gegeben, an Stelle der Vorkaufstellen die Wuchergesetze auf den Kaufverträgen zu bewahren. Bis hierher ist überhaupt noch kein Vermerk für die Wahl eines anderen Wehrschusses an Grund der Wehrschüsse von Weimar in Aussicht genommen.

Der Weimarvertrag der Handelsflotte. Die deutschen Wehr haben als Entschädigung für die gemäß dem Friedensvertrag abzurückenden Schiffe vom Reichsfinanzministerium bisher 1 1/2 Milliarden Mark zur völligen freien Verfügung erhalten. Wie aus sehr guter Quelle verlautet, ist der Reichsfinanzminister bereit sein, ihnen noch weitere große Summen als Vorkauf auszugeben, ohne dabei die Bedingung zu stellen, daß das Geld zum Wiederaufbau der Handelsflotte verwendet wird. Welche Kreise der fischigen Industrie sind dadurch beunruhigt, weil der Reichstag schon 1917 beschlossen hat, daß die fischigen und fischigen Industrie am Wiederaufbau der Handelsflotte mitwirken sollen. Das wird natürlich unmöglich gemacht, wenn die Wehr nicht verpfändet werden, das Geld zum Wiederaufbau der Flotte zu verwenden, denn sie haben dann die Möglichkeit, es für alle möglichen anderen Geschäfte zu benutzen.

Die Verärgerung der Zeichnungsfrist. Da infolge der Verärgerung die nachfolgende Zeichnungsfrist der Zeichnungsmaterialien sich in allen Gegenden Deutschlands verzögert hat - die Sendungen lagern zum Teil noch auf den Berliner Spähmännern, wo sie sich angefangen haben - ist die Zeichnungsfrist für die Deutsche Spar-Kassenanleihe bis zum 10. Dezember verlängert worden. Der Vermerk für die volle Zeichnung der den Zeichnern ausgeteilten Beträge ist infolgedessen ebenfalls hinausgeschoben worden, und zwar bis zum 8. Januar 1920. Obgleich der Zinsenlauf der Spar-Kassenanleihe

1919 vom 1. Januar 1920 ab beginnt, bedarf es einer Hindersung von Seiten der Zeichner für die ausgeteilten Beträge nicht, wenn die Vollzahlung bis zum 8. Januar 1920 geschieht, für Zahlungen, die nach dem 8. Januar erfolgen sollten, sind 5 Prozent Zinsen vom 1. Januar 1920 ab bis zum Zahlungstag zu vergüten. Die Verzögerung ist an derselben Stelle zu bewirken, bei der die Zeichnung angemeldet worden ist.

Eine Erhöhung der Veteranenbezüge für die Kriegsteilnehmer aus den Feldjahren 1864-66 und 1870-1871 ist auf Grund einer Petition der Veteranen von der Nationalversammlung angenommen worden. Durch Bildung einer Rülcklage sollen die sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Veteranen, die ungefähr noch 165 000 betragen, wahrgenommen werden.

Zeit oder nie. In seinem Bude über die Korrespondenz des Weltkrieges führt der Sozialist Kaustsch an, der letzte deutsche Kaiser habe an den Rand eines Wiener Briefes über den Konflikt mit Serbien geschrieben: „Zeit oder nie“. Kaustsch steht in dieser „Entscheidung“ der Kaiser als Kriegsbereiter. In Wahrheit ist dies gar keine Entscheidung, denn in dem längst bekannten Briefe des Reichspräsidenten Friedrich Ebert in Wien vom 8. Juli 1914 heißt es: „Der Kaiser habe ihm, dem Reichspräsidenten, gesagt, wenn Österreich mit Serbien abrechnen wolle, so müsse es das sofort tun. Wenn, um kommt die Begründung, wenn Ausland sich aus einmischen wollte, so sei es doch nicht Kriegsbereiter. An einem Briefe glaubte der Kaiser damals ebenjener, wie die berühmten Leiter der damaligen auswärtigen Politik. Erst Ende Juli 1914, nachdem Minister Ebert in London den Vertretern von England und Frankreich mitgeteilt hatte, daß England auf ihrer Seite gegen Deutschland stehen würde, und daraufhin der Jar unerschrocken den Krieg angelündigt hatte, wurde in Berlin erkannt, daß das Unheil da sei.

Verleumdung der deutschen Schiffe in Neval. Nach einer Meldung aus Neval sind fälschliche aus Anlaß der Hülfsreise der Reichsregierung über die dortigen eingekerkerten deutschen Schiffe nunmehr freigegeben. Der deutsche Botschafter in Neval, Herr Schneemann, wird der D. U. J. zufolge mit dem gesamten Personal im Einvernehmen mit der lettischen Regierung mit dem nächsten neutralen Schiff Lettland verlassen. Den Schatz der Reichsregierung in Neval hat der dortige baltische Konsul übernommen.

Das englische Gefangenensortiment. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Sämtliche 1162 Maltagefangene einschließlich der Kombattanten werden am 5. Dezember abbeordert und treffen etwa am 9. Dezember in Aulstein ein. Für die Heimförderung der deutschen Gefangenen in Indien wird neuer Mitteilung der englischen Regierung einflussige Anordnungen derart getroffen worden, daß Anfang Dezember der Abrüstungsprozess beginnt.

Die Reichszentrale für Einwohnerzählung erläßt folgenden Aufruf: Jemem in die Einwohnerzählung! Endlich reicht der Arbeiter dem Bürger die Hand! Der Vorstand der S. P. D. erklärt den Aufruf an die deutsche Arbeiterklasse: Jemem in die Einwohnerzählung! Aber es ergeht ihm als Arbeiter - Gewerkschaften, die Spiel als das Schicksal einer Partei: Das ganze Deutschland! Die Einwohnerzählung ist eine Einrichtung der parlamentarisch-demokratischen Regierung. - Die parlamentarische Demokratie stützt auf die Freiheit der Winderheiten. Links stehen Sozialisten, rechts stehen Christen. Wenn sie ihre Meinung verfassungsgemäß mit dem Stimmzettel verstanden, handeln sie parlamentarisch-demokratisch. Greifen sie zur Waffe, dann finden sie die Einwohnerzählung gerichtet. - Bürger und Arbeiter! Arbeiter und Bürger, wehrt euch gegen die Politik des Bürgerkrieges, von welcher Seite auch immer er entfacht wird. Die Einwohnerzählung ist keine Partei, sie dient dem Volksganzen, sie dient der Volkserhebung. Die Waffen keiner einzelnen Partei! Die Waffen dem ganzen Volke! Jemem in die Einwohnerzählung!

Der dritte Band von Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“, sollte auf Bismarcks Wunsch bei Verlagsleiter Kaiser Wilhelm III. nicht veröffentlicht werden, da es verstoßen den Konflikt zwischen Bismarck und dem jungen Kaiser behandelte. Trotzdem wurde jetzt der Verlag Cotta das in seinen Händen befindliche Manuskript veröffentlicht, weil jetzt, nachdem der Kaiser nicht mehr regiert, dieser Vorbehalt grundlos ist. Der Reichsverwalter des Kaisers hat jetzt beim Landgericht Stuttgart den Antrag gestellt, das Erbschaften des Bundes zu verwalten, weil er Briefe des Kaisers enthalte, gegen deren Veröffentlichung dieser auf Grund des Urheberrechts Widerspruch erhebe. Das Landgericht hat beschlossen, zunächst ein Verbot im Wege einer einstweiligen Verfügung zu erlassen. Die Angelegenheit wird als bald das Oberlandesgericht beschäftigen.

Die Gültigkeit der obersteinsten Gemeindefastsetzungen. Der Magistrat von Bielefeld hat sich mit einer Verfügung an den Minister des Innern gewandt, daß die Fastsetzungen der Gemeinden, die neugeborenen obersteinsten Gemeindefastsetzungen entsprechen sollten. Darauf ist, nach der „Schief. Volkszeit.“, vom Minister